

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
 Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,85 M.;  
 bei freier Bestellung durch den Briefträger  
 ins Haus 18 Pf. mehr.  
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
 vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
 (Stich-Zentrale)  
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
 Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.  
 Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
 Redaktion und Expedition:  
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 17.

Berlin, Sonnabend, 26. Februar 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Die Hausarbeit in Deutschland nach der Betriebszählung vom Jahre 1907. — Kleine Urfragen, große Wirkungen. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Die Hausarbeit in Deutschland nach der Betriebszählung vom Jahre 1907.

Bei der gewerblichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907 haben wie bei den früheren Gewerbebezählungen in den Jahren 1882 und 1895 die hausgewerblichen Betriebe eine besondere Beachtung erfahren. Jeder selbständige Gewerbetreibende, der in seinem Betriebe, in der eigenen Wohnung oder in eigener Werkstätte für einen Unternehmer, Fabrikanten, Kaufmann, für ein Magazin oder Geschäft — zu Hause für fremde Rechnung — arbeitet, ist als Hausgewerbetreibender angesehen worden. In den Erhebungspapieren war gefragt worden, ob der Betriebsinhaber als Hausgewerbetreibender oder als Heimarbeiter arbeitet. Angeblich ist diese Scheidung in der Fragestellung nur gemacht worden, weil der Sprachgebrauch in den verschiedenen Gegenden nicht einheitlich ist. Vielfach werden die selbständig zu Hause für fremde Rechnung Arbeitenden als Hausgewerbetreibenden, die Unselbständigen als Heimarbeiter bezeichnet. An anderen Stellen wieder werden derartige Unterscheidungen nicht gemacht. Oft sind auch die Grenzen, ob jemand selbständig oder unselbständig arbeitet, überhaupt sehr schwer zu ziehen, so daß die gewonnenen Zahlen nicht in dem Maße als genau und zutreffend anzusehen sind, wie dies von den übrigen Ergebnissen der Betriebszählung angenommen werden darf. Vieles bedarf der Nachprüfung, wo offensbare Irrtümer oder Mißverständnisse vorliegen, zur Aufklärung Rückfragen vorgenommen. Es ist aber selbstverständlich, daß nicht überall die Unrichtigkeit einer Angabe zu ersehen war.

Nichtsdessenungeachtet können die Ergebnisse der Zählung einen hohen sozialpolitischen Wert für sich beanspruchen. In aller nächster Zeit wird der stattliche Band, der sich aus der Hausgewerbestatistik beschließt, der Öffentlichkeit übergeben werden. Auszüge daraus finden wir aber schon jetzt in der dieser Lage erscheinenden Nummer des „Reichs-Arbeitsblatt“. Nach dessen Angaben stellen sich die Zahlen für das Hausgewerbe in Deutschland wie folgt:

Jahr	Betriebe überhaupt	Hauptbetriebe	Nebenbetriebe	Hausgewerbetreibende Personen		
				überhaupt	männliche weibliche	
1907	315668	273558	38110	405263	170712	234551
1895	342557	300901	41656	457984	256131	201853
	- 26889	- 21343	- 5540	- 52721	- 85419	+ 32098
in %	- 7,85	- 7,09	- 13,31	- 11,51	- 33,35	+ 16,20

Aus dieser Zusammenstellung ist zu ersehen, daß die Zahl der hausgewerblichen Betriebe und Personen seit dem Jahre 1895 erheblich abgenommen hat, entsprechend der Abnahme, die zwischen den Zählungen von 1882 und 1895 ebenfalls festgestellt werden konnte. Nur die weiblichen Heimarbeiter machen eine Ausnahme, indem sich ihre Zahl um 16,2 Prozent erhöhte. Dadurch wird der große Rückgang der männlichen Heimarbeiter, der mehr als ein Drittel beträgt, zum Teil wieder ausgeglichen.

Welche Bedeutung das Hausgewerbe im Gewerbe überhaupt hat, ergibt sich aus folgenden Ziffern:

Jahr	Betriebe		Gewerblich beschäftigte Personen		Von je 100 gewerblichen Betrieben	
	überhaupt	davon hausgewerblich	überhaupt	davon hausgewerblich	find hausgewerblich	Personen
1907	4 025 561	315 668	14 348 016	405 263	7,8	2,8
1895	3 658 088	342 557	10 175 332	457 984	9,4	4,5

Sat somit die Hausindustrie mit über 400 000 Erwerbstätigen und über 315 000 Betrieben auch einen keineswegs geringen Umfang, so nimmt sie im Rahmen des Gesamtgewerbes doch nur eine verhältnismäßig bescheidene Stellung ein, die sich von Zählung zu Zählung stark vermindert. Denn noch im Jahre 1882 betrug der Anteil der Hausgewerbetreibenden an den gewerblich beschäftigten Personen überhaupt noch 6,5 Prozent, der Anteil der Betriebe noch 10,7 Prozent.

Die Hausindustrie ist fast ausschließlich kleingewerblich organisiert, und zwar ganz überwiegend in Kleinbetrieben. Es betragen in der Hausindustrie:

Jahr	Kleinbetriebe (Hauptbetriebe)	Gehilfenbetriebe	Von 1 0 hausgewerblichen Betrieben sind	
			Kleinbetriebe	Gehilfenbetriebe
1907	206 928	72 630	74,02	
1895	231 563	69 398	76,96	
in %	- 24 635	+ 3 292		
	- 10,64	+ 4,75		

Von allen hausgewerblichen Hauptbetrieben sind demnach 74,02 Prozent Kleinbetriebe. Von allen hausgewerblichen Personen dagegen arbeiten 206 628 allein, während 198 335, nur etwas weniger, in Gehilfenbetrieben beschäftigt sind. Der Personenzahl nach ist also Allein- und Gehilfenbetrieb ungefähr gleich stark. Der Alleinbetrieb ist aber im Schwünge begriffen, während die Gehilfenbetriebe eine kleine Zunahme aufweisen.

Von den 72 630 Gehilfenbetrieben gehören 62 994 zu den Betrieben mit bis drei Personen; nur 9636 beschäftigten eine größere Personenzahl. Von den letzteren wiederum überstiegen nur 3880 den Rahmen des Kleingewerbes, indem sie mehr als 5 Personen beschäftigten.

Was die geographische Verteilung des industriellen Hausgewerbes anbelangt, so ist es besonders stark im Königreich Sachsen vertreten. Dasselbe zählt 91 984 Hauptbetriebe und 23 100 Nebenbetriebe, in denen insgesamt 36 728 männliche und 80 272 weibliche Personen tätig sind. Auch Berlin, Rheinland, Schlesien und Nordbayerern weisen große Ziffern auf. Im Verhältnis zur Bevölkerung sind die Heimarbeitersziffern besonders beträchtlich in den thüringischen Staaten, namentlich in Meiningen und Koburg-Gotha.

Ein wesentlicher Teil des Hausgewerbes ist in den Großstädten vertreten. In sämtlichen 42 Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern

wurden gezählt 78 110 hausgewerbliche Haupt- und 3928 Nebenbetriebe mit 40 505 männlichen und 76 665 weiblichen Personen. Von den Hauptbetrieben in der Hausindustrie fallen demnach 27,9 Prozent, von den Nebenbetrieben 10,88 Prozent auf die Großstädte. Bezeichnend ist, daß prozentual in den Großstädten die weiblichen Heimarbeiter die männlichen überragen.

In welchen Gewerbegruppen die Heimarbeit eine größere Bedeutung gewonnen hat, geht aus untenstehender Tabelle hervor, in der alle Gewerbegruppen mit einem Bestande von mehr als 5000 hausgewerbetreibenden Personen aufgeführt sind.

In den aufgeführten 9 Gewerbegruppen ist das Hausgewerbe so gut wie gänzlich enthalten. Nur 3720 Heimarbeiter insgesamt finden sich zerstreut in den übrigen Gruppen vor. Als das eigentliche Herrschaftsgebiet der Heimarbeit sind das Bekleidungs- und die Textilindustrie anzusehen. In diesen beiden Gewerben sind 302 157 oder drei Viertel aller Heimarbeiter enthalten. Bedeutend ist das Hausgewerbe dann noch in der Holzindustrie, sowie in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel und der Metallverarbeitung.

Eine stärkere Bedeutung in den Großstädten hat nur das Bekleidungs- und die Textilindustrie, schon in wesentlich geringerem Maße noch die Textilindustrie. In diesen beiden Hausgewerben sind von den großstädtischen Hausgewerbetreibenden mehr als drei Viertel Männer, mehr als neun Zehntel aller Frauen enthalten. Die Bekleidungsindustrie ist die einzige, welche mit mehr als der Hälfte ihrer Personen in der Großstadt wurzelt. Da nun aber von Bekleidungs- und Textilindustrie in den Großstädten 436 499 Personen beschäftigt sind, so ergibt sich, daß selbst hier die Heimarbeit trotz ihrer außergewöhnlich starken Entwicklung im Rahmen des Gesamtbesatzes der Großstädte kaum ein Fünftel des Umfanges einnimmt.

Im ganzen Reiche sind in den größten Hausindustrien, dem Textil- und Bekleidungs- und die Frauen unüberhältnismäßig stärker als die Männer vertreten. Auf 107 931 Männer entfallen hier 194 226, also fast doppelt soviel Frauen. Bei den übrigen Gewerbegruppen ist der Frauenüberschuß in der Hausindustrie geringer, wie in der Nahrungs- und in der Papierindustrie, oder er verwandelt sich sogar in einen Männerüberschuß in allen übrigen Hausgewerben. Da die größten Hausindustrien aber einen so großen Frauenüberschuß haben, so überwiegt auch in der gesamten Hausindustrie die Zahl der Frauen mit 234 532 die der Männer mit nur 170 705 um ein Beträchtliches.

So viel aus den vorläufigen Veröffentlichungen! Ist das offizielle Wert erschienen, so wird sich vielleicht Gelegenheit bieten, auf dieses Kapitel noch öfter im einzelnen zurückzukommen.

Gewerbegruppen	Hauptbetriebe		Nebenbetriebe	Hausgewerbetreibende Personen		
	überhaupt	Davon sind Kleinbetriebe		Männlich	Weiblich	Insgesamt
	1	2	3	4	5	6
Steine und Erden	3 871	1 980	150	5 484	2 332	7 816
Metallverarbeitung	10 722	6 493	762	16 653	2 565	19 218
Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate	4 840	3 165	542	6 737	1 008	8 405
Textilindustrie	94 522	66 959	18 452	56 439	81 844	138 282
Papierindustrie	3 937	2 253	418	3 435	4 070	7 511
Leberindustrie und Industrie leberartiger Stoffe	3 116	2 081	144	3 408	1 867	5 335
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	19 430	11 484	4 340	18 144	18 337	31 481
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	14 563	11 261	1 267	7 335	12 254	19 530
Bekleidungsindustrie	121 785	98 966	9 863	51 493	112 882	168 875

### Kleine Ursachen, große Wirkungen. \*)

Von Rudolf Wed in Königsberg i. Pr.

Sehr häufig kommt es vor, daß Arbeiter geringe Verletzungen bei der Arbeit nicht beachten, ruhig weiter arbeiten und auch mit ihren Kollegen nicht darüber sprechen. Treten später Verschlimmerungen ein, dann läßt sich der Nachweis, daß die Verschlimmerung auf einen Betriebsunfall beruht, nur sehr schwer, meist gar nicht mehr führen. Die Folge davon ist, daß der Verletzte keine Rente erhält. Man darf sich nicht darüber wundern, da mit rein medizinischen Gründen nicht immer ein Betriebsunfall nachgewiesen werden kann. Auf das ehrliche Angesicht eines Verletzten und dessen bloße Behauptung hin finden sich selten Richter, die die Berufsgenossenschaft zur Zahlung von Entschädigungen verurteilen. Den Nachweis für das Vorliegen eines Betriebsunfalles haben die Verletzten zu führen. Gerade bei Verletzungen haben aber kleine Ursachen häufig genug große Wirkungen. Man denke nur an die sehr gefährlichen Infektionskrankheiten (Blutvergiftungen usw.), welche in der Regel aus geringfügigen, kaum beachtenswerten erscheinenden Schnitt-, Riß- oder Quetschwunden entstehen. Nun entwickeln sich Infektionskrankheiten noch verhältnismäßig schnell. Es kommt aber auch vor, daß sich Unfallfolgen erst nach Jahren zeigen.

Weil die Verletzten natürlich damit nie rechnen, ist es ihnen dann später unmöglich, einen Betriebsunfall zu beweisen. Es ist daher unbedingt notwendig, daß auch kleinen Verletzungen bei der Arbeit Aufmerksamkeit geschenkt wird. Man zeige sie sofort den Mitarbeitern, eventuell auch dem Werkmeister und dem Unternehmer und veranlasse, daß der Unfall bei der Berufsgenossenschaft gemeldet wird. Vieber können zehn Unfälle unnützlich gemeldet werden, als daß in einem Falle, wo es wirklich notwendig ist, die Meldung unterlassen wird. Die Folgen lassen sich eben nicht immer absehen. Mander Verletzte mehr hätte Unfallrente erhalten, wenn er auf rechtzeitigem Unfallmeldung bedacht gewesen wäre und sich rechtzeitig Zeugen gesichert hätte. Wie notwendig das ist, wollen wir an einigen Beispielen aus der Praxis zeigen.

Zunächst sei ein Fall erwähnt, in dem es nach einem Stumpf von 20 Monaten schließlich doch gelang, die Rente zu erhalten. Ein Tagelöhner verunglückte am 3. Mai 1906 dadurch, daß er mit noch einem Arbeiter einen Wagen beiseite schieben wollte. Der Wagen mußte beiseite gerissen werden; der erwähnte Arbeiter tat dies und verletzte sich hierbei in der rechten Hüfte. Es war dies kurz vor dem Frühstüd. Er beachtete die Verletzung nicht weiter, machte aus unmittelbarer nach dem Vorgang niemandem Mitteilung davon, sondern setzte sich während des Frühstüdens in die Baubude und wollte nach dem Frühstüd die Arbeit wieder beginnen. Es war ihm aber unmöglich, und erst jetzt sagte er dem Polier, daß er sich die Hüfte gestoßen habe und begab sich in ärztliche Behandlung. Wenige ein volles Jahr mußte er später in einem Krankenhaus liegen. Die Berufsgenossenschaft lehnte Rentengewährung ab, weil keine Zeugen vorhanden waren und indem sie dem Verletzten die Glaubwürdigkeit absprach. Dr. W., der Arzt, welchen der Verletzte einige Stunden nach Eintritt des Unfalls in Anspruch nahm, legte dem Weiden, ebenso wie der Verletzte selbst, wenig Bedeutung bei, da er sichtbare Verletzung nicht vorhanden war. Er ver schrieb lediglich etwas zum Einreiben, und die Sache war für ihn erledigt. Nach langer Zeit vernommen, konnte er sich nur noch darauf besinnen, daß ein objektiver Befund nicht vorhanden war. Das Gutachten der Klinik war sehr unbestimmt gehalten, es war aber doch daraus zu entnehmen, daß das Weiden auf einen Unfall zurückgeführt werden könnte, der Unfall müßte aber nachgewiesen werden. Der Nachweis war schwer und konnte einwandfrei nicht erbracht werden. Da der Verletzte den Namen des Mitarbeiters, der den Wagen mitgeschoben hatte, nicht wußte und denselben auch keine Mitteilung gemacht hatte, konnte nur der Polier vernommen werden, der aber nach so langer Zeit auch keine bestimmten Angaben mehr machen konnte. Es wurde wochenlang nach Zeugen gesucht. Es wurden bei der Firma Auszüge aus den Lohnlisten gemacht, um festzustellen, wer mit dem Verletzten zu gleicher Zeit auf dem Neubau gearbeitet hatte. Es konnte aber ein Zeuge nicht mehr ermittelt werden, da ein Teil der Arbeiter schon abgereist war. Es wurden nun durch das Arbeitersekretariat Nürnberg lediglich noch Erhebungen über die Glaubwürdigkeit des Verletzten angestellt, die zugunsten desselben sprachen. Damit drang schließlich — kein häufiger Fall — der Verletzte durch und erhielt die Rente zugesprochen. Die Familie hatte aber 20 Monate hindurch bitterste Not gelitten: sie hatte nur eine

wöchentliche Armenunterstützung von 2 Mark erhalten.

Einem Bauarbeiter ging bei der Arbeit ein Nagel in das Knie. Er beachtete die Wunde nicht, nach acht Tagen entzündete sich das Knie und bildete Eiter. Der Zustand verschlimmerte sich derart, daß das Knie steif wurde. Der Arbeiter wurde in allen Instanzen mit seinem Anspruch auf Rente abgewiesen, weil er den Nachweis für den Betriebsunfall nicht erbringen konnte.

Ein Arbeiter quetschte sich bei der Arbeit einen Daumen und starb nach 10 Tagen an Wundstarrkrampf. Da er über den Unfall mit niemand gesprochen hatte und sich erst nach einigen Tagen in ärztliche Behandlung begeben hatte, wurde die Frage nach einem Betriebsunfall vom Reichsversicherungsamt verneint. Das Krankenhaus hatte zwar bescheinigt, daß der Wundstarrkrampf und der durch diesen hervorgerufene Tod unzweifelhaft mit der Daumenquetschung im Zusammenhang stehe, für diese Quetschung fehlten aber die notwendigen Zeugen.

Ein Schiffszimmerer erlitt am 13. Januar 1900 dadurch einen Betriebsunfall, daß er zwischen die Keeling einer Barfasse und das Maschinenhäuschen geriet und gegen das letztere gepreßt wurde. Infolge dieser Quetschung stellte sich am anderen Tage ein Blutsturz ein. Trotzdem arbeitete der Verletzte aber noch bis zum 15. Januar 1900 und begab sich dann in ärztliche Behandlung. Da seine Familie mit dem Krankengeld nicht auskam, meldete er sich am 22. Januar schon wieder gesund und nahm die Arbeit in dem alten Betriebe wieder auf. Er verrichtete die frühere Arbeit, verdiente den früheren Lohn, empfand aber von Zeit zu Zeit Schmerzen in der Brust. Am 13. November 1904 erkrankte er dann an einer schweren rechtsseitigen Kniegelenkentzündung und heftigen Brustschmerzen. Nach einander konsultierte er zwei Ärzte und begab sich schließlich in ein Krankenhaus, wofür er am 10. und 19. Januar 1905 je einen Blutsturz erlitt. Vier Ärzte erklärten es wohl das Knie, wie das Brustleiden als Folgen des am 13. Januar 1900 erlittenen Betriebsunfalls. Zeugen waren für den Unfall vorhanden. Die Berufsgenossenschaft lehnte Rentengewährung ab, weil Verjährung eingetreten sei. Unfallrentenanträge verjähren nämlich in zwei Jahren nach Eintritt des Unfalls. Das Gesetz bestimmt jedoch, daß auch nach Ablauf von zwei Jahren Ansprüche erhoben werden können, wenn sich erwerbsbeschränkende Unfallfolgen erst nachher eingestellt haben. In diesen Fällen muß der Anspruch innerhalb 3 Monaten erhoben werden, nachdem die Unfallfolge bemerkbar geworden ist. Dieser Fall lag hier vor. Denn weder war bis zum 13. November 1904 der Zustand des Verletzten ein derartiger, daß er einen Entschädigungsanspruch begründet hätte, noch war der ursächliche Zusammenhang zwischen Unfall und Erkrankung vor dem Januar 1905 dem Verletzten erkennbar. Die Berufsgenossenschaft wurde schließlich zur Gewährung der Vollrente verurteilt.

Gerade dieser letzte Fall zeigt sehr deutlich, wie unberechenbar häufig Verletzungen sind. Der im Jahre 1900 verunglückte Schiffszimmerer hat es sich damals sicherlich nicht träumen lassen, daß er im Jahre 1905 gezwungen sein würde, einen Rentenantrag zu stellen.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 25. Februar 1910.

**Tätigkeitsberichte der Ortsverbände.** Nach immer laufen in der Redaktion Tätigkeitsberichte der Ortsverbände zur Veröffentlichung ein. Dieselben werden auch in den nächsten Wochen noch im Verbandsorgan zum Abdruck gelangen. Der letzte Termin zur Einreichung von Berichten ist der Montag, 28. Februar. Später eingehende Zusendungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

**Zu den sozialpolitischen Gesetzesvorlagen,** die den Reichstag in der vergangenen Woche beschäftigt haben, hat der Verein in der deutschen Kaufleute in zwei Eingaben Stellung genommen. Darin werden den Kommissionen, an welche die Entwürfe verwiesen worden sind, die Forderungen des Vereins der Deutschen Kaufleute unterbreitet und überaus wirkungsvoll begründet. Zum Stellenvermittlergesetz werden folgende Abänderungsvorschläge der Berücksichtigung empfohlen:

1. Im § 2 ist festzulegen, daß fernerhin die Erlaubnis zur Errichtung eines gewerbmäßigen Stellenvermittlungsbetriebes im Handelsgewerbe nicht mehr erteilt wird.

2. § 3 ist dahin zu ergänzen, daß ein Stellenvermittler weder selbst, noch durch andere eine Unterrichts- oder Ausbildungsanstalt betreiben, noch irgend welchen Unterricht zur Ausbildung in kaufmännischen oder gewerblichen Fächern erteilen darf, bezw. ist Fachlehrern und Unterrichtsanstalten der Betrieb einer Stellenvermittlung zu untersagen.

3. § 4 ist dahin abzuändern, daß die Landeszentralbehörde oder die von ihr bezeichneter Behörden die Gebühren für die Stellenvermittler festsetzen müssen. Gleichzeitig ist festzulegen, daß unterjagt ist, für die herausgegebenen Stellenlisten eine Vergütungsgebühr zu erheben.

4. Die Vermittler von Nebenerwerb sind ebenfalls als unter das Gesetz fallend anzusehen. Die Erhebung einer Einschreibgebühr oder das Verlangen der Vereinfachung von Kosten für die Angabe von Nebenerwerb ist zu untersagen und in § 9 des Entwurfes mit unter Strafe zu stellen.

Die vom Arbeitskammergesetz gemachten Abänderungsvorschläge haben folgenden Wortlaut:

1. Im § 7 ist die Bestimmung, daß Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Handlungsgehilfen, Handlungslehrlinge und sonstige gewerbliche Arbeiter in Handelsgeschäften, sowie Gehilfen, Lehrlinge und sonstige gewerbliche Arbeiter in Apotheken ausgeschlossen bleiben sollen, zu streichen. Dafür ist § 8 des Entwurfes dahin abzuändern, daß es dort im Absatz 1 heißt:

„Dabei ist die Bildung von besonderen Arbeitskammern oder Abteilungen für Handlungsgehilfen, Handlungslehrlinge und sonstige gewerbliche Arbeiter und für die Arbeitgeber in Handelsgeschäften, ferner für Gehilfen, Lehrlinge und sonstige gewerbliche Arbeiter und für die Arbeitgeber in Apotheken und für Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker und deren Arbeitgeber, sowie nach dem Bedürfnis für andere bestimmte Arten von Gewerbebetrieben anzuordnen.“

2. Den Arbeitskammern ist noch die Aufgabe der Beaufsichtigung und Durchführung der Schutzbestimmungen für die Arbeitnehmer zuzuwenden, dahingehend, daß die Polizeibehörden gehalten sind, als ausführende Organe den Anweisungen der Arbeitskammern Folge zu leisten.

3. Das Wahlberechtigungsalter ist auf 21, das Wahlbarkeitsalter auf 25 Jahre herabzusetzen.

4. Wahlberechtigt und wählbar sind die aus dem Arbeitnehmerverhältnis hervorgegangenen Angehörigen der Berufsberufe.

5. Die aus der Errichtung und Tätigkeit der Arbeitskammern erwachsenden Kosten sind vom Reich zu tragen.

Sollen die beiden Gesetzesentwürfe ihren Zweck ganz erfüllen, so wäre es dringend zu wünschen, daß diese berechtigten Forderungen erfüllt werden. Sonst ist zu befürchten, daß die Gesetze — weißer Salbe bleiben.

**Gegen unsern Gewerbeverein der Deutschen Textilarbeiter** und besonders gegen seinen Hauptstiftsführer, Kollegen Müller-Sprenger, werden anlässlich des Schiffschiffertreffens in Blauen noch immer Beschuldigungen in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse erhoben, die zwar den Stempel der Unwahrheit an der Stirn tragen, trotzdem aber von den „Genossen“ eifrig weiter folportiert werden. U. a. wird dem Kollegen Müller der Vorwurf gemacht, er habe den Unternehmern Arbeitswillige versprochen und auch geliefert. Das ist, wie dies bereits festgestellt ist, eine lausidische Lüge. Versuchen hatten sich die „Genossen“ auf die „Wochenchrift der Sidererei- und Spigenindustrie“, Publikationsorgan des Vereins der Lohnschiffmaschinenbesitzer, die in ihrer Nr. 8 vom 31. Dezember v. J. eine Notiz gebracht hatte, daß sich die Zahl der Arbeitswilligen mehr und die im Gewerbeverein der S.-D. Organisierten ohnehin schon wieder zu den alten Bedingungen begonnen hätten. Jetzt sieht sich das genannte Blatt genötigt, in seiner Nr. 14 vom 12. Februar d. J. folgende Berichtigung zu bringen:

In Nr. 8 vom 31. 12. 1909 berichtet die „Wochenchrift für die Siderereindustrie“, in einem Artikel über die Siderereibewegung, daß die in dem Gewerbeverein S.-D. organisierten Siderer ohnehin die Arbeit zu den alten Bedingungen aufgenommen hätten. Demgegenüber stellen wir fest, daß unsere Mitglieder nur dort die Arbeit aufgenommen haben, wo unser Tarif anerkannt und unterzeichnet wurde; also zu den alten Bedingungen und ohne unterschriebenen Tarif hat von unseren Mitgliedern niemand die Arbeit aufgenommen.

M. Müller, Hauptstiftsführer.

Damit sind auch die in den gegnerischen Blättern erhobenen Vorwürfe gekennzeichnet als das, was sie sind, nämlich als Verleumdungen und Lügen, gebraucht zu dem Zwecke, unsern Gewerbeverein und den Kollegen Müller in der öffentlichen Achtung herabzusetzen. Bei allen gerecht und billig denkenden Menschen verfangen ja derartige Manöver schon längst nicht mehr.

**Arbeiterbewegung.** In Berlin dauern die Tarifverhandlungen für das deutsche Holzgewerbe noch fort. Praktische Ergebnisse sind nur insofern erzielt worden, als für einige Orte eine Einigung zustande kam; für die Mehrzahl der Vertragorte bestehen jedoch noch Differenzen, die durch örtliche Verhandlungen ausgeglichen werden sollen. Der Friede ist demnach noch keineswegs gesichert.

\*) Aus der Zeitschrift „Der Versicherungsbote“, Gemeinverändliche Zeitschrift für Arbeiterversicherung zu Oldenburg i. Gr.

sichert, da auch im Anschluß an diese Verhandlungen nachträglich noch örtliche Verhandlungen stattfinden müssen. Nach alledem ist die Situation noch durchaus ungeklärt. — In Frankfurt a. M. haben Schlichtungsverhandlungen der Hauptvorstände für das Schneidergewerbe stattgefunden. Für den Gewerbeverein der Deutschen Schneider kommen Breslau, Dortmund, Erlangen, Rudolstadt und Zerbst in Betracht. In Kottbus, Dessau und Potsdam ist es zwischen den Parteien am 15. März abgeklungen. Ergebnisse sind bisher die Verhandlungen in Straßburg verlaufen. Dagegen ist es gelungen, in Piegeln den Frieden herzustellen. Die Konfektionäre haben als Termin für das Inkrafttreten des Tarifs den 15. März akzeptiert und zu einigen anderen strittigen Punkten Zugeständnisse gemacht. — Auf der Westfälischen Metall-Industrie in Lippstadt haben zirka 140 Arbeiter die Arbeit niedergelegt wegen Maßregelungen und weil eine Verständigung über die Affordestellung von der Firma abgelehnt wurde. Es kommen bei diesem Streik der Gewerbeverein der Maschinenbauer, der deutsche Metallarbeiterverband und der christliche Metallarbeiterverband in Betracht. Es wird erjucht, den Zug von Kleinpern, Metallbrüchern, Schlossern, Drehern, Formern, Instrumentenmachern, Schleifern und Vermählern von Lippstadt fernzuhalten. Seit dem 1. Januar waren die Arbeiter bestrebt mit der Firma eine Verständigung herbeizuführen und lag es nur an dem hartnäckigen Standpunkt der Firma daß es zur Arbeitsniederlegung kam. — In der Schlacht- und Brotmeißlerfabrik der Firma Fried. Woos u. Co. in Solingen-Wangendorf wurde vor kurzem ein Streik nach fünfwöchiger Dauer beigelegt. Da jedoch die Firma die mit den Organisationen getroffenen Vereinbarungen nicht eingehalten hat, sind die Arbeiter von neuem in den Ausstand getreten.

In Philadelphia (Nord-Amerika) sind die Straßenbahnangestellten in den Ausstand getreten. Aber auch andere Arbeiterkategorien haben sich ihnen angeschlossen, so daß zurzeit mehr als 100 000 Arbeiter streiken.

**Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Januar** zeigte nach dem „Reichsarbeitsblatt“ vom Vormonat für einige Großindustrien eine kaum nennenswerte Abweichung.

Auf dem Ruhrkohlenmarkt machte sich in der zweiten Hälfte des Monats Januar eine verminderte Abnahme von Seiten der Industrie und Privatverbraucher. Auch im Saarrevier und in Schlesien waren die Werke weniger gut beschäftigt. Die Braunkohlenindustrie war gleichfalls wenig zufrieden. Schuld an der geringen Abnahme waren der milde Winter und das Aufhören der Fuderriibenkampagne. In der Metallindustrie hielt sich die Beschäftigung etwa auf der gleichen Höhe wie im Vormonate. Ausreichend waren die Eisengießereien beschäftigt. Im Maschinenbau hatten die Werke in Norddeutschland sehr gut zu tun, dagegen klagten die in Mitteldeutschland. Noch immer schwankend war der Geschäftsgang in der Textilindustrie. Die Baumwollspinnereien wie die Webereien wurden durch die erheblichen Kurschwankungen der Baumwolle sehr ungünstig beeinflusst. Die Tuchfabriken und einige Zweige der Seidenindustrie waren gut mit Aufträgen versehen. Im Baugewerbe hat sich die Lage im Vergleich zum Vormonate wenig geändert. In der Bekleidungsindustrie war infolge der Aufträge für den Frühling die Beschäftigung eine sehr gute.

Wie üblich bricht für die Zigarettenfabrikation nach dem Weihnachtsmonat eine ruhigere Zeit an. Auch die Brauereien hatten weniger zu tun. Die Gummimwarenfabriken sind flott beschäftigt.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen ergab sich am 1. Februar gegenüber dem 1. Januar eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähigen Kranken um 5915, und zwar eine Abnahme von 11 606 männlichen und eine Zunahme von 5691 weiblichen, während am 1. Januar 1910 die Abnahme gegen den Vormonat 122 050 (— 96 893 männliche, — 25 157 weibliche) betrug, gegenüber dem 1. Februar 1909 war die Abnahme bei den männlichen Versicherten diesmal wesentlich geringer; sie betrug damals 23 753 Personen. Der Februar 1910 wies gegen den Januar 1910 eine Zunahme der weiblichen Pflichtmitglieder auf; im Vorjahre zeigte sich vom Februar 1909 zum Januar 1909 eine Abnahme derselben. Für beide Geschlechter also war die Lage im Jahre 1910 günstiger.

Die Berichte der Arbeitsnachweise geben im großen und ganzen dasselbe Bild wie die vorstehenden Angaben. Bei der Gesamtzahl der be-

richtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Zahlenangaben vorliegen, kamen im Januar 1910 auf 100 offene Stellen bei den männlichen bzw. den weiblichen Personen 254 bzw. 98 Arbeitsnachweise gegen 318 bzw. 96 im Januar 1909 und 269 bzw. 107 im Vormonate. Auf dem Berliner Arbeitsmarkte zeigte sich gegenüber dem Vormonate eine wesentliche Erhöhung des Angebots der Arbeitsuchenden; gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres war eine Besserung wahrzunehmen. Im Regierungsbezirk Düsseldorf unterscheidet sich der Arbeitsmarkt im Januar nicht sehr von dem des Dezember. Das Baugewerbe war noch gut beschäftigt. In Hessen, Hessen-Kassau und Waldeck scheint eine Besserung des Arbeitsmarktes Platz zu greifen. Der gute Beschäftigungsgrad in der Lederwaren- und Reiseartikel-Industrie hielt weiter an. Mit Ausschluß der Holzindustrie war in den übrigen Gewerben eine Aufwärtsbewegung zu spüren. In Württemberg hat sich die Geschäftslage gegenüber dem Dezember 1909 im allgemeinen etwas gebessert. Auch in Baden war der Beschäftigungsgrad gut.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im Januar 1910 um 7873 168 Mark höher als im gleichen Monate des Vorjahres. Das bedeutet eine Mehreinnahme von 113 Mark oder 4,84 Prozent auf 1 Kilometer.

**Sittliche Pflicht.** Unsere Bemerkungen über den Terrorismus, den die „Genossen“ in Berlin unsern Kollegen vom Ortsverein der Töpfer gegenüber üben, haben dem „Vorwärts“ Anlaß zu einer recht lendenhaften Entschuldigung gegeben. Wir seien über die wahren Verhältnisse nicht unterrichtet. Der Zentralvorstand der Töpfer habe mit unsern Kollegen, wenn sie in ehrlicher Weise gewerkschaftliche Ziele anstreben, stets gemeinsame Sache gemacht. Die Berliner Kollegen aber seien fast durchweg ehemalige Zentralisten, die sich durch Streik- und Sperrebruch in ihrer früheren Organisation unmöglich gemacht hätten. Dieses Verhalten pflegten sie auch jetzt noch.

Der Ausdruck „sie haben sich unmöglich gemacht“, läßt schon erkennen, daß die Betreffenden dem Zentralverband freiwillig den Rücken gekehrt haben. Sonst hätte der „Vorwärts“ auch sicherlich bemerkt, daß die Betreffenden aus geschlossen worden seien. Aber gerade diese Tatsache ist ja die Ursache des Gases, mit dem unsere Kollegen verfolgt werden. Daß sie aus dem Zentralverbande ausgetreten sind, kann man ihnen nicht verzeihen; deshalb wendet man alle Mittel, auch das der Aushungerung, an, um die Fabrikanten wieder zu gewinnen. Gelingen werden diese Manöver freilich nicht. Wenn der „Vorwärts“ es als sittliche Pflicht aller ehrlichen Arbeiter hin stellt, solche Aushungerungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, so möchten wir demgegenüber bemerken, daß es sittliche Pflicht aller ehrlichen Arbeiter in erster Linie ist, auch ihren andersdenkenden Kollegen die Möglichkeit nicht zu nehmen, unter anständigen Arbeitsbedingungen für sich und ihre Familien das Brot zu verdienen.

**Das Automobiltempo in der Sozialpolitik.** Die „Soz. Praxis“ beschäftigt sich in ihrer letzten Nummer kurz mit den sozialpolitischen Vorkäufen im Reichstage und weist am Ende dieser Betrachtungen auf die große Menge von Resolutionen hin, die außerdem für die zweite Lesung des Etats des Innern eingebracht worden sind. Ueberaus zahlreich sind die Wünsche, die darin zum Ausdruck gelangen. Da wird gefordert:

Reform der Streikstatistik, Regelung der Arbeitsverhältnisse der Bureaubeamten, Uebertragung der sozialpolitischen Bestimmungen des Handbuchs auf die technischen Beamten, Kampf gegen die Schund- und Schmuckliteratur, Förderung des Handwerks bei öffentlichen Lieferungen, Erhebungen über die Lage des kaufmännischen Mittelstandes, Einführung von Handbuchsinspektoren, Verbesserung der kaufmännischen Lehrlingsausbildung, Förderung eines Kartellgesetzes, Sicherung und Ausgestaltung der Tarifverträge und ihre Berücksichtigung bei Vergütung öffentlicher Lieferungen, Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, Privatbeamtenrecht, Sicherung und Ausbau des Koalitionsrechts, Koalitionsrecht der Landarbeiter, Verbesserung des Arbeiterschutzes in Glashütten, Walz-, Gütten- und Hammerwerken sowie in gemischten Fabriken, Einführung besonderer Aufseherkontrollen, Unfallversicherung für Feuer- und Wasserwehren, Aenderung der Seemannsordnung, Pensionsversicherung der Privatbeamten, Reformen im Verrecht, paritätischer Arbeitsnachweise.

Mit Recht fügt die genannte Wochenschrift dieser Aufzählung die Bemerkung hinzu: „Fast alle diese Wünsche und Forderungen kehren Jahr für Jahr wieder, manche reichen 10 und 12 Jahre zurück, die meisten sind bereits früher vom Reichstag,

einige schon zu wiederholten Malen, angenommen worden. Der Bundesrat aber hat sie entweder abgelehnt oder die Erhebungen schweben noch“, oder sie sind vergessen worden. So häufen sich die Anträge und Resolutionen zu ganzen Bergen. Und da reden Leute, die sich für besonders weise halten, noch von einem rasenden Tempo unserer sozialpolitischen Gesetzgebung!“ Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

**Tätigkeitsbericht: der Ortsverbände über das Jahr 1909.**

**Ortsverband Hannover.**  
Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 6 kombinierten Vorstandssitzungen, 7 Ausschüßsitzungen und 4 Ortsverbandsversammlungen. In zwei Ortsverbandsversammlungen wurden Vorträge gehalten, vom Kollegen Müller-Breslau über „Die Bedeutung der Deutschen Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung“, und vom Herrn Stadtrat Freibisch von hier über „Kommunale Fragen“. In einer am 21. September stattgefundenen kombinierten Vorstandssitzung sprach der Kollege Herrbig-Görlitz über „Die Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde“. Vergnügungen wurden 2 veranstaltet, und zwar ein Spaziergang, verbunden mit Gartenfest, nach Petersdorf, und eine Weihnachtsfeier.

Der Ortsverband besteht aus 7 Ortsvereinen mit zusammen 301 Mitgliedern. Das Ortsverbandsmitglied mit 75 Pfg. haben 13 durchreisende Mitglieder angehoben. Bei der Vertreterwahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse sind wir trotz unserer großen Arbeit und unseres Bündnisses mit anderen Vereinen nicht durchgekommen. Bei der Vertreterwahl zur unteren Verwaltungsbehörde waren unsere Bemühungen von vornherein zunichte gewesen, da die Hauptkassenlisten vollständig in den Händen der Gegner lagen. Bei der Stadtverordnetenwahl ist in der zweiten Abteilung ein Kollege wiedergewählt worden, wohingegen in der dritten Abteilung die Gegner ihre aufgestellten 6 Kandidaten durchgebracht haben. Diese Wahl ist jedoch von Seiten der bürgerlichen Parteien angefochten und als ungültig erklärt worden, worüber jetzt Klage beim Bezirksauschuss in Piegeln schwebt.

In der Hoffnung, daß in diesem Jahre die Verbandsversammlungen besser besucht werden und die Mitglieder auch ihren Kostengeld fallen lassen möchten, damit mehr Harmonie und Geselligkeit in die Organisation hineinkommt, schließe ich meinen Bericht.  
D. Tilgner, Ortsverbandschriftführer.

**Ortsverband Interburg.**  
Am Schlusse des Jahres kann unser Ortsverband auf eine rege Tätigkeit zurückblicken. Auf dem Gebiete der Agitation hat er sein Möglichstes getan, wenn auch die drei kleinen Ortsvereine, aus denen er besteht, nur über geringe Mittel verfügen. Trotzdem, Kollegen, gehen wir frohen Mutes in das neue Jahr hinein, nur von dem einen Wunsche befeelt, besser als bisher für unsere Organisation zu arbeiten und ihr recht viele Anhänger zuzuführen.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden erledigt in 3 Ausschüßsitzungen, 4 kombinierten Sitzungen und 6 Verbandsversammlungen. In einer derselben hielt der Kollege Roczkowski-Dangig einen Vortrag über: „Die Notwendigkeit der Berufsorganisation zur Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage“. Im Anschluß daran ist es uns gelungen, einen Ortsverein der Holzarbeiter zu gründen. Dann hielt uns Rechtsanwält Siehr einen Vortrag über das Mietrecht. In den anderen Versammlungen sprach unser Vorsitzender Kollege Gleiser über „Die Stellung der Gewerksvereine gegenüber anderen Organisationen“, „Der Kampf gegen die Schundliteratur“ und „Die Reichsfinanzreform“. Am 26. Juni veranstaltete der Ortsverband eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen Verbandsanwalt Dr. Max Girsch, wobei der Ortsverbandsvorsitzende ebenfalls die Gedächtnisrede hielt.

Zu den Gewerbegerichtswahlen hatte der Ortsverband zeitig Stellung genommen und sich mit dem Handwerkerverein zusammengeschlossen. Derselbe erhielt 2 Kandidaten, die übrigen 6 wurden auf die Gewerksvereine verteilt und sämtlich gewählt. Obgleich die Verbänder uns diesmal keinen Sitz zum Gewerbegericht zugehen wollten, so haben wir doch gezeigt, daß wir auch auf dem Posten sein können.

Ferner veranstaltete der Ortsverband ein Stiftungsfest, ein Sommerfest und einen Morgenpaziergang. Alles in allem können wir mit dem Erreichten zufrieden sein. Nur richten wir die dringende Bitte an alle unsere Kollegen, die Veranstaltungen des Ortsverbandes fleißiger zu besuchen, rege mitzuarbeiten und dem Vorstande immer neue Anregung zu geben. Nur wenn sämtliche Kollegen ihre Schuldigkeit tun und geschlossen hinter dem Vorstande stehen, kann der Erfolg ein größerer werden. Und jetzt frisch auf zur neuen Arbeit im neuen Jahr, zum besten der Gewerksvereinsbewegung!

G. Schaefer, Ortsverbandschriftführer.

**Ortsverband Kiel.**  
Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in zehn Ausschüßsitzungen, 3 kombinierten Sitzungen und drei Mitgliederversammlungen. Im Oktober gelang es dem Ortsverbandsauschuss nach wiederholten Verhandlungen mit dem Verein der Bau- und Holzhandwerker zu Kiel einen Tarif für die Holzparbeiter auf 3½ Jahre zu günstigen Bedingungen und zur Zurückbehaltung der Mitgliedschaft abzuschließen. Dafür haben wir natürlich von Seiten des „freien“ Verbandes, in welcher sich nicht an den Verhandlungen beteiligte, in-

einem unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinenden Einzelblättern Angriffe erfahren, die von irgend welcher Sachkenntnis nicht getrübt waren, dafür aber nach der bei diesen Leuten üblichen und bekannten Weise die Tatsachen verdrehen, so daß wir es unter unserer Würde hielten, irgend etwas darauf zu erwidern. Der Tarif der Besatzungsmonitore ist ge'ündigt. Die Verhandlungen, an denen wieder der Ortsverbandsausschuß teilnimmt, sind noch nicht abgeschlossen.

Der Ortsverband richtete an die zuständigen Behörden ein Gesuch um Zulassung seiner Mitglieder zu dem Amt als Schöffen und Geschworenen. Er hatte die Bemugung, daß die der Eingabe beigefügte Liste mit rund 30 Namen in vollem Umfange angenommen wurde.

Die Sitzungen und Versammlungen waren häufig besucht, und bitten wir, daß in diesem Jahre der Besuch ein regerer wird. Agitiere ein jeder Kollege für unsere Sache, damit wir auch in diesem Jahre an Mitgliedern zunehmen. Unsere Parole lautet: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Otto Horn, Schriftführer.

### Gewerkevereins-Teil.

8 Bremen. Im Januar fand eine Vertrauensmännerversammlung des Arbeitersekretariats statt, um den Tätigkeitsbericht des Sekretärs entgegen zu nehmen. Das Sekretariat, welches seit Mai 1909 besteht, verbandte die beiden ersten Monate zu informativem Zweck. Land und Leute mußten kennen gelernt werden, sollten Mißgriffe vermieden werden. Gleichzeitig betrat der Sekretär die Rechte unserer Mitglieder bei einem Streik in Delmenhorst, woran wir mit 20 Mitgliedern beteiligt waren. Nach 14wöchentlicher Dauer wurde die Differenz zugunsten der Arbeiter beendet und ein Tarifvertrag abgeschlossen. Im Laufe der Berichtszeit war der Sekretär tätig in 194 Versammlungen und Sitzungen, wovon 29 öffentlich waren. Agitationsmaterial wurde in 29 Fällen nach 21 Orten gefandt. Die Korrespondenz belief sich auf 383 Einläufe und 957 Ausläufe. Vervielfältigungen wurden 4200 hergestellt, 32 Zeitungsartikel an 27 Zeitungen gefandt. Flugblätter wurden im Bezirk 10 000 verteilt. Neugewonnen wurden 7 Ortsvereine; die Mitgliederzahl erhöhte sich um 250. Dem Sekretariat waren 25 Ortsvereine am Ende des Jahres angeschlossen.

Das Sekretariat, welches in erster Linie für die Agitation in Frage kommt, pflegt soweit wie möglich die Rechtsauskunft und die Stellenermittlung. Auskünfte wurden 409 erteilt an 376 Personen. Die Stellenermittlung wurde in 74 Fällen in Anspruch genommen. Schriftstücke wurden 34 hergestellt, Vertretungen vor Schieds- und Gewerbegerichten 5, wodurch für die Betroffenen 262 Mark erstritten wurden. Mit den verschiedensten Berufsgruppen wurden Verbindungen angeknüpft, die zu verstärkter Aufgabe der Zukunft sein muß. Besonderer Wert wurde auf die Gewinnung der Presse gelegt. Dem inneren Ausbau unserer Organisation wurde die nötige Aufmerksamkeit geschenkt, für Aufklärung der Mitglieder nach Möglichkeit Sorge getragen. Das Verhältnis zu den anderen Organisationsrichtungen ist ein feindliches. Abgesehen von einigen Auseinandersetzungen mit den Christlichen haben Reibungen mit unseren feindlichen Brüdern noch nicht stattgefunden.

Der Bericht des Kollegen Reuthen wurde beifällig aufgenommen und die Tätigkeit desselben allseitig lobend anerkannt. In der Diskussion wurden noch manche Winke und Ratsschläge erteilt. Angenehm be-

rührte das in jeder Weise kollegiale Zusammenarbeiten aller tätigen Kollegen.

Das laufende Jahr wird uns reichliche Arbeit, aber auch weitere Erfolge bringen. Beträgt doch die Mitgliederzunahme allein in den zwei Monaten dieses Jahres über 300. Diese Erfolge ermuntern uns zu weiterer Tätigkeit. Die Vertrauensmännerversammlung verpflichtete sich, den Kollegen Reuthen nach besten Kräften zu unterstützen. Die Einlösung dieses Versprechens muß erfolgen und gibt uns dann dafür die Gewähr, daß die Erfolge des Jahres 1910 die des Jahres 1909 in den Schatten stellen werden. Fr. B.

8 Dirschberg. In letzter Zeit ist entweder der hiesige Ortsverband der Gewerkevereine oder einzelne Mitglieder desselben die Zielsetzungen für sozialdemokratische Parteiarbeit geworden. Als Abblaspfuch für ihre Zügelngewebe benutzen sie die ihnen würdig zur Seite stehende Ligen „Volkswacht“ in Breslau. Da fast alle diese Geisteshelden von Paradedarstellern, Streikbrechern und einem Häuflein, das in den Versammlungen nicht soviel zusammenbringt, daß es zu einem Satz langt. Daß man mit solchem Geschreibsel nur die eigene Schwäche verbergen will, liegt klar auf der Hand. Denn die Erfolge des hiesigen Ortsverbandes liegen den „Genossen“ näher im Magen. Wie sieht es denn aus in den Betrieben, wo sie die Mehrheit haben? Dort ist es soweit, daß ein Direktor eigenmächtig vorschreibt, was die Arbeiter aus der Krankenkasse verlangen können und was nicht. Staunen muß man auch, für was für erbärmliche Akkordlöhne die Herren arbeiten. Daß diese Arbeiterverräter, denn das sind sie im wahren Sinne des Wortes, gar nicht imstande sind, etwas zur Verbesserung der Lage des Arbeiters zu tun, das hat mit aller Deutlichkeit die letzte Lohnbewegung im hiesigen Holzgewerbe gezeigt, mit deren Verlauf die eigenen Mitglieder höchst unzufrieden sind.

Was aber ihre Versammlungen anbetrifft, so gilt dafür vielleicht das, was der Artellschreiber über unsere Ge- schriebten hat. Gibt es doch hier einen „freien“ Verband der Schneider, der aus einem Zwischenschneiter, seiner Frau und seinem Gesellen, wenn er einen hat, besteht. Diese Leute genieren sich nicht, den Gewerkeverein anzugehen, mit ihm gemeinsam eine öffentliche Versammlung zu machen, damit sie einmal ihren Gaulteiler hier sprechen lassen können; denn für die drei allein lohnt es sich nicht. Und die Leute wagen es noch, sich über unsere Versammlungen lustig zu machen. Selbst zu uns zu kommen, hüten sie sich. Zu unserer letzten öffentlichen Versammlung, in der Kollege Erlenz sprach, hatten sie die Parole ausgegeben, uns zu meiden. Es ist dies nur ein Beweis ihrer großen Feigheit und Furcht, daß manchem ihrer Getreuen die Augen aufgehen könnten. Damit sie aber wenigstens etwas leisten, so mögen sie nur ruhig weiter schwindein. Auf diesem Gebiete können wir ihnen gern die unbeschränkte Herrschaft; da sind die „Genossen“ unerreicherbar.

### Verbands-Teil.

#### Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.).

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine N.O., Greifswalderstr. 221/223. Mittwoch, 2. März. Vortrag des Kollegen Jordan über: „Polypolitik“. Gäste sind herzlich willkommen. — Gewerkevereins-Vierertafel (G.-D.). Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Nebungshunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste willkommen. — Bildhauer, Montag, 28. Februar, abds. 9 Uhr, Versammlung, Dresdenerstr. 10 bei Preuß.

### Orts- und Bezirksvereine.

Nachen (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Distrikterabend bei Leuchter, Ecke Hanemannplatz und Zillcherstraße. — Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz., in Hiltmanns Hotel, Poststr., Distrikterunde. (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — Köln (Distriktsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Bater Kolping“, Elsterstraße. — Hamburg (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch u. Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Jansenkamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distrikterabend. — Walsheim-Nahe (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterkongress beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstr. 120. — Leipzig (Gewerkevereins-Vierertafel). Die Nebungshunde finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 35, statt. Gäste und himmelbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Weifenfels a. S. (Seitungsabteilung der Gewerkevereine). Nebungshunde jeden Dienstag, abends 8½—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gefangene Gewerkevereinskollegen stets willkommen. — Zerlshaus (Distriktsklub). Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Zander, Dffstr. — Ettich (Sängerchor der Gewerkevereine). Die Nebungshunde finden jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Lokal Kegel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herzlich willkommen. — Weifenfels (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandvertreterkongress, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal E. Simon, Alter Markt. — Spremberg (Distriktsklub). Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Bureau, Zägerstraße 6, Sitzung. Gewerkevereinsmitglieder sind stets willkommen. — Weifenfels (Distriktsklub der Gewerkevereine). Jeden Mittwoch 9 bis 11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“. — Dr.-Glabach (Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine). Sitzung jeden Dienstag, abends 9 Uhr, bei Herrn Joh. Jansen, Krefelderstraße 333. Jeder Kollege herzlich willkommen. — Zegel (Distriktsklub für Zegel, Dorfgrube und Reindendorf). Sitzung jeden Dienstag Abend von 8—10 Uhr bei Schneider, Berlinerstr. 38. Gäste willkommen. — Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule). Jeden Montag, abends von 9—11 Uhr im Verbandsbureau, Karlsruherstr. 29, Sitzung. — Königsberg i. Pr. (Distriktsklub). Sitzung jed. 2. u. 4. Mittwoch im Monat im Verbandslokal b. Sobat, Holzstr. 11. — Schmolln, E.-A. Sonntag, 27. Februar, nachmittags 4 Uhr, Ortsverbandversammlung, Rest. Adler, Hühnerstr. — Centenbergsberg, Sonntag, 27. abds. 6 Uhr im Vereinslokal „Zum Waldhof“, L.-D. dort. — Wetter u. Ungegend (Ortsverband). Sonntag, 27. Februar, nachm. 5 Uhr, im Wetter im Saale des Wirts Diederich, Ortsverbandversammlung. Um 7 Uhr Vortrag mit Lichtbildern: „Die Wunder der Umwelt“. — Zerlshaus (Ortsverband). Sonntag, 27. Februar, nachm. 4 Uhr, Versammlung bei J. Zander, Dffstr., L.-D. b. — Schwere-Bekhschöffen (Ortsverband). Sonntag, 27. Februar, nachm. 3 Uhr, Vertreterkongress bei Wirt Schuster, Berghofen. — Kippbad (Ortsverb.). Sonntag, 6. März, nachm. 3½ Uhr, Auskündigung. 4 Uhr Ortsverbandversammlung bei Gastwirt Altd. Warstein. — Hermsdorf (Ortsverb.). Sonntag, 27. Februar, nachm. 1 Uhr, im Gasthof „Deutscher Kaiser“ in Königszelt Verbandskonferenz der schles. Ortsverbände und Vereine.

#### Briefkasten.

Bremen. Auch die Herren Arbeitersekretäre dürfen ihre Berichte nicht so eng schreiben, daß Änderungen daran nicht vorgenommen werden können.

### Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Der Gewerkeverein**  
Jahrgang 1909  
auf bestem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsbibliotheken und Vereinsbibliotheken  
**5, sonst 7 Mark**  
bei vorheriger Einsendung des Betrages.  
N. B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.  
Bestellungen an den Verbandskassierer  
**R. Klein,**  
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

**Fahnen, Vereinsabzeichen,**  
Schärpen u. a. schenken  
und billigen bei  
**Th. Berkop, Oppeln 8.**  
**Sernsdorf**  
(Ortsverband).  
Sonntag, 27. Februar, nachm. 1 Uhr, im Gasthof „Deutscher Kaiser“ in Königszelt  
**Verbandskonferenz**  
der schlesischen Ortsverbände und Vereine  
Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterführung im Bureau, Wülhelmsstraße 42.  
Neusalz (Ortsverb.). Durchreisende Genossen erhalten 50 Pfg. bei Aug. Reimer, 6, Friedrichstraße 86.  
Leipzig-Weß (Ortsverband). Vom 1. Juli ab erhalten durchreisende Gewerkevereinskollegen die Karten für das Ortsverbandsgesamt bei den Vereinskassierern. Für Abendrot und Nachtquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeit.

**Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.**  
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:  
Leitfaden zum Gewerkegesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.  
Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.  
Muster zu Anträgen, Klagen und Beschwerdeschriften im Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.  
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften sowie Gesetzbücher mit ausführlichem Kommentar wie auch Bücher und Schriften in jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.  
Der Bestellung bitten wir stets den Selbstbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.  
Selbstsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer **Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.**  
Das Bureau des Zentralrats.  
**Rudolf Klein.**

**Uhren u. Goldwaren**  
Ketten, Ringe, Armbänder etc. zu en gros-Preisen direkt an Private.  
Prachtkatalog (320 Seiten stark) umsonst und portofrei.  
Lya-Werk Hermann Klaassen in Prenzlau. Postfach Nr. U 59.

**Düsseldorf und Ungegend** (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen aller Berufsarten erhalten in unserem Verbandsbureau zum Kofferartikel, Ausführen- und Kofferstrassen-Ede, frei Bogts mit Frühstück oder 75 Pfg. Ortsbesuch. Zu melden auf dem Bureau, 1. Etage. Dasselbst Arbeitsnachweis für alle Berufsarten.

**Neusalz** (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterführung im Bureau, Wülhelmsstraße 42.  
**Neusalz** (Ortsverb.). Durchreisende Genossen erhalten 50 Pfg. bei Aug. Reimer, 6, Friedrichstraße 86.  
**Leipzig-Weß** (Ortsverband). Vom 1. Juli ab erhalten durchreisende Gewerkevereinskollegen die Karten für das Ortsverbandsgesamt bei den Vereinskassierern. Für Abendrot und Nachtquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeit.

**Nadeberg** (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten die Anweisung für das Ortsverbandsgesamt beim Ortsverbandskassierer H. Habedank, Neustadtstraße 10 I.  
**Essen (Nahr).** Berge zu Selmat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungskarten im Gewerkevereins-Bureau, Frohnhauserstr. 58.

**Lyra-Fahrräder** sind die besten u. die billigsten.  
Prachtkatalog (320 Seiten stark) umsonst und portofrei.  
Lyra-Fahr. Wirts Hermann Klaassen in Prenzlau. Postfach Nr. F 199.